

## AUS DEM NORDEN

## Somalier soll lange in Haft

**Osnabrück:** Im Prozess gegen einen mutmaßlichen somalischen Piraten liegen die Strafanträge von Staatsanwaltschaft und Verteidigung weit auseinander. Die Anklagebehörde forderte am Mittwoch wegen schwerer räuberischer Erpressung in Tateinheit mit erpresserischen Menschenraubs eine Haftstrafe von zwölfmonatigen Jahren. Der Verteidiger des 44 Jahre alten Somaliers plädierte darauf, dass die Haftstrafe nicht höher ausfallen dürfe als sieben Jahre. Der Angeklagte muss sich vor dem Landgericht Osnabrück für die achtmonatige Entführung des Tankers „Marida Marguerite“ vor der somalischen Küste im Jahr 2010 verantworten. Er soll ein führendes Mitglied der Piratenbande gewesen sein. Das Urteil wird an diesem Donnerstag gesprochen. **Ini**

## 90-Jährige verbrennt im Bett

**Bremen:** Eine pflegebedürftige 90 Jahre alte Frau ist bei einem Feuer in ihrer Bremer Wohnung im Bett verbrannt. Feuerwehrleute retteten ihre 88 Jahre alte Mitbewohnerin am Mittwochmorgen aus einem Nebenzimmer. Sie kam mit einer lebensgefährlichen Rauchvergiftung ins Krankenhaus. Das Feuer im Stadtteil Vegesack sei durch einen elektrischen Defekt im Bereich des Bettes ausgebrochen, teilte die Polizei mit. **Ini**

## Kremer führt Abteilung

**Hannover:** Die Juristin Jutta Kremer (SPD) wird neue Leiterin der Abteilung für Europa und internationale Zusammenarbeit in der Staatskanzlei. Das hat die Landesregierung jetzt entschieden. Kremer folgt auf Christoph Wilk (CDU), der die Staatskanzlei verlassen musste und jetzt die Verkehrsabteilung im Wirtschaftsministerium führt. Kremer war früher schon einmal in der Staatskanzlei und in mehreren niedersächsischen Ministerien tätig, sie hat sich dann aber für mehrere Jahre in den einstweiligen Ruhestand versetzen lassen. Die Beamtin war die einzige Bewerberin für die Abteilungsleiterstelle. **kw**

## Farbenprächtige Gartenschau



**Papenburg:** Mit einer farbenprächtigen Eröffnungsfeier hat am Mittwoch die 5. Landesgartenschau Niedersachsen in Papenburg begonnen. Hunderte Zuschauer verfolgten am Morgen zum Auftakt den Auftritt von mehr als fünf Meter hohen Schneekönigen in einem Theaterstück, das die Vertreibung des Winters und die Rückkehr des Frühlings mit einer riesigen Sonne zum Thema hatte. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) lobte die Veranstalter in der enstländischen Hafenstadt für ihre Gemeinschaftsleistung. Er wünschte ihnen, dass Papenburg „für 187 Tage so etwas wie die heimliche Hauptstadt Niedersachsens werde“. **Ini/dpa**

## Geldstrafe nach Schlag gegen Polizisten

**Göttingen (pid).** Eine von vielen Protesten begleitete Wahlkampfveranstaltung der sogenannten Bürgerbewegung Pro Deutschland im August vergangenen Jahres in Göttingen hat jetzt ein weiteres strafrechtliches Nachspiel gefunden. Das Amtsgericht Göttingen verurteilte einen Teilnehmer der Gegendemonstration wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 20 Euro (insgesamt 300 Euro).

Der Richter sah es als erwiesen an, dass der Student einem Polizisten bei der Kundgebung in der Güterbahnstraße einen sogenannten Hammerschlag auf den Unterarm verpasst hatte. Der betroffene Beamte gab als Zeuge in der Verhandlung an, noch mehrere Stunden nach dem erlittenen Faustschlag Schmerzen gehabt zu haben. Der Angeklagte selbst äußerte sich nicht zu den Vorwürfen.

Auch gegen mehrere Pro-Deutschland-Aktivisten waren Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet worden. Der Bundesgeschäftsführer der rechtsextremen Kleinpartei, Lars Seidensticker, erhielt einen Strafbescheid über 2700 Euro. Seidensticker soll bei der Kundgebung einem 17-Jährigen, der „Nazis raus“ gerufen hatte, einen Fußtritt gegen die Hüfte verpasst haben.

Ein weiterer Aktivist der Splittergruppe erhielt einen Strafbescheid über 1200 Euro. Er soll den Schüler nach dem Fußtritt in den Schwitzkasten genommen und gewürgt haben.



Ende März trat die Trommelgruppe „Trokiwa“ bei einem Willkommensfest in Hannover auf, einen Tag später wurde ein Musiker abgeschoben. Er war im Land wohl nicht willkommen.

## Gefeierter Musiker abgeschoben

Anwärter auf Integrationspreis sitzt jetzt in Italien auf der Straße

VON SASKIA DÖHNER UND KLAUS WALLBAUM

**Hannover/ Berne.** Eine Abschiebung reißt eine Lücke in ein vorbildliches Integrationsprojekt. Sie sind schwarz und weiß, jung und alt, haben ausländische Wurzeln oder nicht – in der Musikgruppe „Trokiwa“ trommelt man gemeinsam, egal welcher Herkunft. Die Bewerbung beim diesjährigen Niedersächsischen Integrationspreis des Landes lag nahe. Denn wenn das keine Integration ist, was dann? Die 18 Musiker und Tänzer, die aus Niedersachsen stammen, treffen sich regelmäßig in der Kirchengemeinde Gilten (Heidekreis) zum Üben. Integrationsbeauftragte Doris Schröder-Köpf (SPD) hat alle Bewerber zu Preisverleihung am 23. Juni in Hannover eingeladen.

Bei „Trokiwa“ allerdings wird ein Platz leer bleiben. Denn der 25-jährige Arnaud Touvoli aus Berne im Kreis Wesermarsch ist – nur einen Tag nach einem Auftritt „Trokiwas“ bei einem Willkommensfest für Flüchtlinge in Hannover-Linden – nach Venedig abgeschoben worden. Für den Kreis ist dies „ein ganz normaler Dublin-Fall, der ordnungsgemäß durchgeführt worden ist“. Im vergangenen Frühjahr war der

Musiker und Komponist, der ursprünglich von der Elfenbeinküste stammt, über Italien nach Deutschland gekommen. Er beantragte im Juni Asyl, im November 2013 lehnte dies das Bundesamt für Migration ab. Deutschland sei nicht zuständig, da Touvoli über Italien eingereist sei.

Er müsse dorthin wieder zurückkehren. Seinen Eilantrag gegen die Abschiebung wies das Verwaltungsgericht Oldenburg Ende Januar 2014 ab.

Dündar Kelloglu vom Flüchtlingsrat warnt vor Abschiebungen nach Italien. Viele Flüchtlinge würden dort obdachlos, staatliche Unterstützung gebe es auch nicht. Es sei ein Skandal, dass der Bund Rückführungen nach Italien nicht generell verbiete. So sei es den Verwaltungsgerichten ins Benehmen gestellt, wie sie verfahren. Manche urteilten rigider, andere – wie die Gerichte in Braunschweig und Hannover – zögerten eher, Asylbewerber dorthin abzu-

schieben. Dieser Einschätzung widerspricht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Trotz vorhandener Mängel und einzelner Missstände verfüge Italien über ein funktionierendes Asylverfahren, sagte Sprecherin Corinna Rappe. Das niedersächsische Innenministerium weist die Verantwortung von sich: Bei Über-

stellungsverfahren nach dem Dublin-Abkommen hätten Länder keine Entscheidungszuständigkeit, sie leisteten nur Vollzugshilfe. „Wir hätten so gern unseren Profimusiker Arnaud Touvoli zurück“, sagte der Giltener Pastor Hans-Gerd Paulus. Durch die wöchentlichen Proben sei eine enge Freundschaft zu dem 25-Jährigen entstanden. Arnaud habe 2002 an der Elfenbeinküste seine Familie im Krieg verloren, 2011 sei er nach Togo geflohen, dort sei sein Adoptivvater gestorben.

Touvoli sei ohne Familie und ohne Geld über Italien nach Deutschland gekommen, sagte Pastor Paulus. In der Musikergruppe „Trokiwa“ habe er eine neue Heimat gefunden. Durch die Abschie-

bung nach Venedig, wo er prompt obdachlos geworden sei, habe er seine Familie quasi ein drittes Mal verloren. **Kritik an Abschiebungen:** Innenminister Boris Pistorius (SPD) muss wiederholt Kritik einstecken. Im Kreis Wittmund wehrte sich der Landrat mit Rückendeckung des Innenministeriums gegen ein Verwaltungsgerichtsurteil, das einer 29-jährigen Roma-Frau nach 23 Jahren Duldung eine dauerhafte Bleibe zugesprochen hatte. Aufregung verursacht auch ein Polizeieinsatz in Göttingen. Dort hatten 50 Demonstranten die Abschiebung eines Somaliers nach Italien verhindern wollen. Beamte sollen Schlagstöcke eingesetzt haben.

## „Dublin“ legt die Zuständigkeit fest

Im Dublin-II-Verfahren wird festgestellt, welcher europäische Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. So soll garantiert werden, dass jeder Antrag, der in der EU, Norwegen, Island, der Schweiz und in Liechtenstein gestellt wird, nur durch einen Staat überprüft wird. Rechtsgrundlage ist ein Vertrag der beteiligten Staaten aus dem Jahr 2003. Seit Anfang des Jahres gilt die sogenannte Dublin-III-

Verordnung. Der Anwendungsbereich wurde nun auf alle Flüchtlinge, die um internationalen Schutz bitten, ausgedehnt. Dadurch wird vor allem den südeuropäischen Staaten eine größere Verpflichtung auferlegt, etwa wenn Menschen aus Afrika fliehen. Ein Staat kann das Asylverfahren aus humanitären Gründen auch an sich ziehen, selbst wenn der Flüchtling über einen Drittstaat gekommen ist. **dö**

## Neuland nennt Betrug mit Hähnchen „Einzelfall“

Landwirt hielt sich offenbar nicht an Vorgaben des Verbandsiegels für artgerechte Haltung / Staatsanwaltschaft leitet Vorermittlungen ein

VON GABRIELE SCHULTE UND SASKIA DÖHNER

**Hannover.** Das Landwirtschaftsministerium will einen mutmaßlichen Betrug mit falsch deklarierendem Hähnchenfleisch „rückhaltlos“ aufklären lassen. Sollten sich die Betrugsvorwürfe gegen einen Landwirt aus Wietzen (Kreis Nienburg) erhärten, sei dessen Verhalten scharf zu verurteilen, sagte eine Sprecherin von Minister Christian Meyer (Grüne) am Mittwoch. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg hat unterdessen Vorermittlungen gegen den Hähnchenmäster eingeleitet.

Der betroffene Landwirt L. wollte sich am Mittwoch zu den Vorwürfen nicht äußern. In der Wochenzeitung „Die Zeit“ hatte er zuvor zugegeben, Kunden im großen Stil über die Herkunft von Hähn-

chenfleisch getäuscht zu haben. Er habe vorgegeben, das Geflügel sei nach den Tierschutzvorschriften des Neuland-Verbands produziert worden. Dieser Zusammenschluss selbstständiger Höfe ist kein Bioverband, sondern bringt Fleisch von Tieren auf den Markt, die artgerecht gehalten wurden. Das Gütesiegel auf der Verpackung soll den Kunden beispielsweise garantieren, dass die Hühner oder auch Schweine im Stall oder Freiland deutlich mehr Auslauf hatten als in der Massentierhaltung.

Landwirt L. hatte eingeräumt, über Jahre konventionell gehaltenes Geflügel eingekauft, in seinem ebenfalls unter der Neuland-Marke betriebenen eigenen Schlachthof verarbeitet und als Neuland-Geflügel verkauft zu haben. Als wichtigster Neuland-Geflügelieferant habe er auf diese Weise mehrere Hunderttausend Euro

verdient. Seinen Äußerungen zufolge konnte er die Neuland-Bedingungen nicht einhalten, weil der Preisdruck zu hoch gewesen sei.

Der Verein Neuland mit Sitz in Sachsen-Anhalt sprach von einem „Einzelfall, bei dem möglicherweise kriminelle Energie und Raffgier eine Rolle gespielt“ hätten. „Sollte es sich bestätigen, dass der Landwirt L. aus Wietzen einen Massenbetrug mit Geflügelfleisch begangen hat, sind wir tief enttäuscht“, sagte ein Sprecher. Hinweise auf Unregelmäßigkeiten hat es nach Verbandsangaben 2013 gegeben. Bereits im Jahr zuvor gab es Auseinandersetzungen, weil der Landwirt sich nicht auf Einschränkungen bei den zugelassenen Hähnchenrassen einlassen wollte. Neuland hatte beschlossen, nur noch langsam wachsende Rassen einzusetzen, um dem Anspruch auf tiergerechte Haltung nachkommen zu können. Als bei einem Datenabgleich Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden, sei an Geflügelschlachthof L.s eine von Neuland beauftragte Fleischanalyse in Auftrag gegeben worden. Bevor es dazu kam, habe der Landwirt von sich aus am 9. De-



Vorerst kein Vertrieb: Von diesem Hof sollen die Hähnchen ausgeliefert worden sein. **Garms**

zember 2013 bei Neuland gekündigt. Die Sprecherin des Landwirtschaftsministeriums in Hannover wies darauf hin, dass die Neuland-Richtlinien nicht staatlich überwacht würden, sondern nur von dem Verband, der das Siegel vergibt. L. habe einen Mastbetrieb ohne Biosiegel und einen Schlachtbetrieb mit Biosiegel. Letzteren habe das Landesamt für Verbraucherschutz zuletzt im November 2013 überprüft, ohne dass etwas Auffäl-

liges festgestellt wurde. Die Unterlagen seien nun der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Zuständig ist die Zentralstelle für Landwirtschaftsstrafsachen bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg. Dort sei bisher in dem Fall nicht ermittelt worden, sagte Sprecherin Carolin Castagna. Aufgrund der Presseberichte werde nun aber von Amts wegen geprüft, ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird.

pro office

Theaterstraße 4 - 5  
30159 Hannover  
Telefon: 0511 / 95 07 98 - 80  
www.prooffice.de



**USM**  
Möbelbausysteme  
Sideboard  
mit 3 Klappen  
1.260 €

Zu GROSS für's Osternest ...



**vitra.**  
SoftPad EA216  
Leder schwarz, Gestell chrom  
Sonderpreis 2.650 € statt 3.575 €  
solange Vorrat reicht



**USM**  
Möbelbausysteme  
Haller TV-/Hi-Fi Möbel  
957 €

2ndlife  
by pro office

Berliner Allee 9 - 11  
30159 Hannover  
Telefon: 0511 / 33 65 39 - 50  
usm in weiss, anthrazit, schwarz,  
rot, in 14 Tagen lieferbar